

## Baustoffe

# Maurer klagen, dass Staat einseitig nur für Holz wirbt

Die Mauerwerksindustrie, aber auch die Bauwirtschaft werfen staatlichen Stellen vor, einseitig für den Baustoff Holz zu werben. Sie sehen darin eine Wettbewerbsverzerrung, die derzeit auch die Europäische Union nach einer Beschwerde der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGFM) beschäftigt.

Von Jürgen Schmidt

STUTTGART/MÜNCHEN. „Nur mit Holz wird es gelingen, dem Anspruch gerecht zu werden, CO<sub>2</sub>-neutrale, klimafreundliche Gebäude zu schaffen“, schrieb Agrar- und Forstminister Alexander Bonde (Grüne) in seinem Vorwort zum Holzbaupreis 2012. Die alle drei Jahre verliehene Auszeichnung ist eine der zahlreichen Marketingmaßnahmen, mit der die Verwendung des Baustoffs Holz bundesweit gefördert wird. Das allerdings wollen die Hersteller von Ziegeln, Sandsteinen und Leichtbetonsteinen, die in der DGFM zusammengeschlossen sind, so nicht akzeptieren.

## Bauwirtschaft sieht staatlichen Eingriff in Wettbewerb

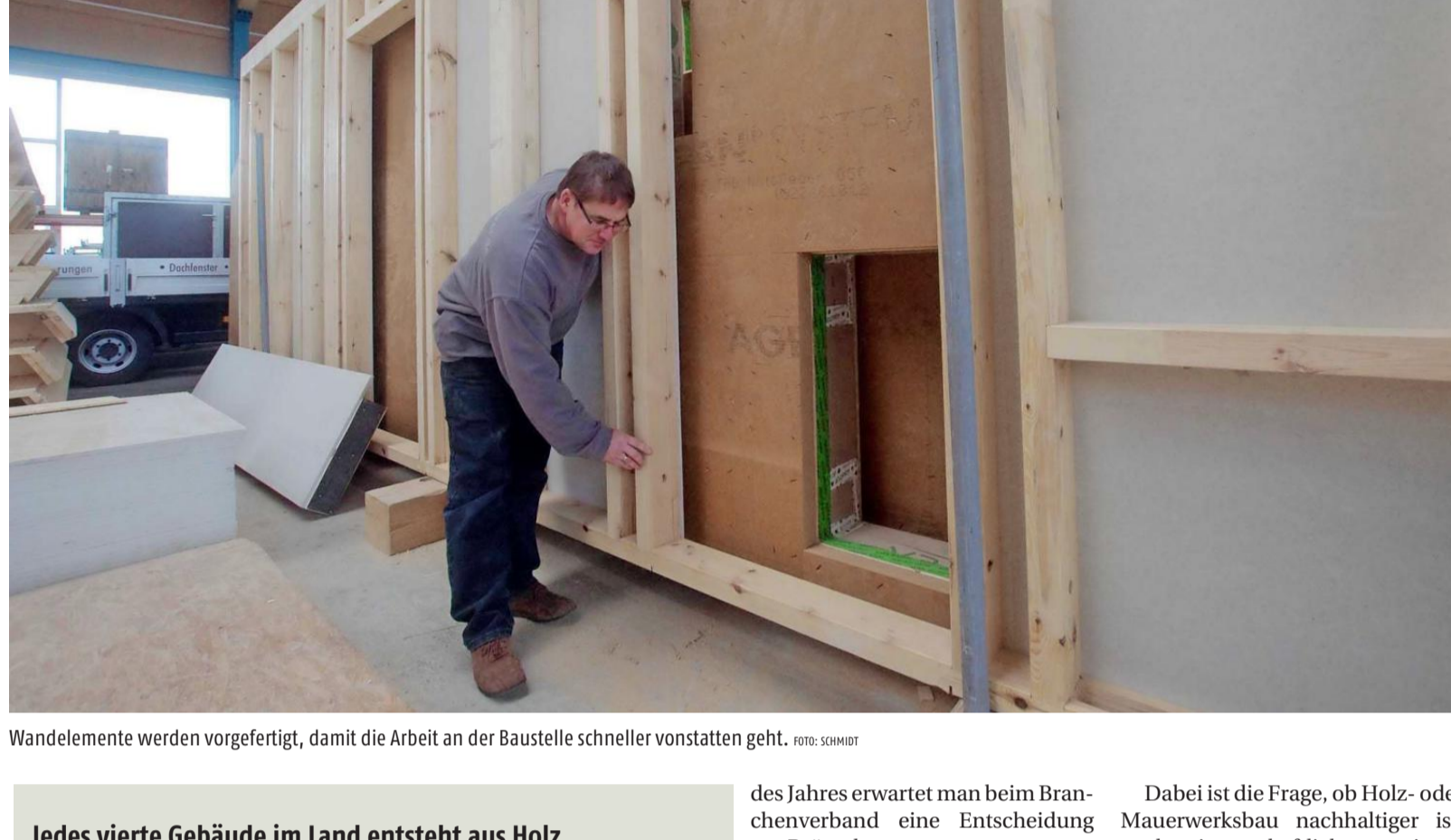
Im Frühjahr zog der Dachverband gegen eine Broschüre des Freistaates Bayern zu Felde, in der die Minister Helmut Brunner (Forst/CSU) und Joachim Herrmann (Innen/CSU) als Zuständige für das Bauwesen gemeinsam für öffentliche Holzbauten warben. Es sei nicht Aufgabe eines Bundeslands, „sich in den Wettbewerb miteinander konkurrierender Bauweisen derart einzumischen, dass einseitig Partei ergriffen wird für eine Bauweise, indem für diese ein mehr oder weniger verdecktes, staatlich finanziertes Marketing betrieben wird“, schrieb der DGFM-Bundesvorsitzende Hans Georg Leuck an die beiden Minister. Gleichzeitig rief der Mauerwerksverband, der auch vom Zentralverband des Deutschen Baugewerbes unterstützt wird, den

## Deutschland bei Lohnanstieg im oberen Mittelfeld

DÜSSELDORF. Bei den Löhnen geht es in Europa wieder zaghaft bergauf, die Zahl der Länder, in denen die Beschäftigten an Kaufkraft verlieren, ist vor allem durch die niedrige Inflation stark gesunken. Um die Krise zu überwinden, wären aber deutlichere Steigerungen nötig, die die Binnennachfrage in der EU beleben. Zu diesem Ergebnis kommt der neue Europäische Tarifbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung.

Preisbereinigt sind die Löhne seit 2010 in elf EU-Staaten gesunken, in neun weiteren lagen die Zuwachsraten unter einem Prozent pro Jahr. Deutschland liegt mit einer kumulierten Reallohnsteigerung von 7,1 Prozent zwischen 2010 und 2015 im oberen Mittelfeld der Länder mit Zuwächsen. Allerdings war die Bundesrepublik Deutschland in der Dekade zuvor das einzige europäische Land, in dem die Reallöhne zurückgegangen waren: um 5,6 Prozent von 2001 bis 2009. (sta)

**MEHR ZUM THEMA:**  
Europäischer Tarifbericht des WSI für die Jahre 2014 und 2015:  
<http://media.boeckler.de/Sites/AJ/Online-Archiv/16876>



Wandelemente werden vorgefertigt, damit die Arbeit an der Baustelle schneller vorstatten geht. FOTO: SCHMIDT

## Jedes vierte Gebäude im Land entsteht aus Holz

Baden-Württemberg ist in Sachen Holzbau in Deutschland führend. Rund ein Viertel aller Gebäude, egal ob Wohnhaus oder Gewerbeobjekt, wurde 2013 aus Holz errichtet, wie der Bund Deutscher Zimmermeister in seiner Statistik für 2015 mitteilt. Auf Platz zwei liegt Bayern. Am wenigsten verbreitet ist Holz als

Bayerischen Obersten Rechnungshof auf, die staatliche Holzwerbung zu prüfen.

Ähnlich sieht dies auch der Verband Bauwirtschaft Baden-Württemberg. „Wir haben generell ein Problem damit, wenn der Staat mit steuerlichen Mitteln in den Wettbewerb eingreift“, sagt Hauptgeschäftsführer Dieter Diener. Den Holzbaupreis Baden-Württemberg als staatlichen Preis, der unter anderem von Bonde ausgelobt wird, sieht dieser deshalb als bedenklich an. Wenn dagegen ein Eigenbetrieb

Baustoff dagegen in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg.

Aber auch im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen wird wenig mit Holz gebaut. Der bundesweite Anteil von Holzbauten liegt bei Wohnhäusern bei rund 15 Prozent, bei Nichtwohngebäuden mit 17,6 Prozent etwas höher.

des Landes wie etwa Forst BW Werbung für den Baustoff Holz mache, ohne dafür Steuermittel in Anspruch zu nehmen, sei dies aus seiner Sicht unproblematisch.

## Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe in der Kritik

Mit der – aus Sicht der Mauerwerksindustrie – einseitigen staatlichen Werbung fürs Holz muss sich derzeit auch die EU-Kommission befassen. Die DGFM hat eine Beihilfeschwerde eingereicht. Bis Ende

des Jahres erwartet man beim Branchenverband eine Entscheidung aus Brüssel.

Im Mittelpunkt der Beschwerde steht die Arbeit der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR). Die wurde 1993 auf Initiative der Bundesregierung gegründet und koordiniert in erster Linie Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich nachwachsende Rohstoffe – also auch Holz. Allerdings nicht nur dies, wie DGFM-Anwalt Jörg Schmidt-Wottrich moniert. Die Arbeit gehe über Forschungsförderung weit hinaus. Es gebe eine breit angelegte staatliche Öffentlichkeitsarbeit zugunsten des nachwachsenden Rohstoffes Holz. Und dafür gebe es keine Grundlage.

Zudem bedeuteten offizielle Veröffentlichungen von Stellen wie der FNR so etwas wie ein „öffentliches Gütesiegel“ für den Holzbau. „Kein anderer Baustoff schneidet in Ökobilanzen besser ab als der Baustoff Holz“, heißt es zum Beispiel auf der Webseite in der Rubrik Holzbau und Nachhaltigkeit.

Dabei ist die Frage, ob Holz- oder Mauerwerksbau nachhaltiger ist, auch wissenschaftlich umstritten. Die Kieler Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen kommt in einer aktuellen Studie zu der Einschätzung „dass der Mauerwerksbau sowohl in ökobilanzieller Hinsicht, als auch in Bezug auf die Ressourcensicherheit und der nachhaltigen Bewertung konkurrenzfähig gegenüber anderen Konstruktionen ist“. Im Wohnungsbau sei der Mauerwerksbau zudem nach wie vor die wirtschaftlichste Bauform – preiswerter als der Holzbau.

## Zimmerer verweisen auf ökologische Folgekosten der Ziegelherstellung

Das lassen die bayerischen Zimmerer aber so nicht gelten. Im Streit um die Holzwerbung der Staatsregierung hielten sie den Ziegelherstellern vor, nur deshalb kostengünstiger zu sein, weil die Betriebe von der EEG-Umlage befreit seien und nicht alle ökologische Folgekosten ihrer Produktion tragen müssen.

# Guter Rat muss nicht teuer sein: Wie Senioren jungen Unternehmern zum Erfolg verhelfen

Berater geben sich mit Aufwandsentschädigung zufrieden / Probleme werden beim Namen genannt

SCHÖNAICH. „Erfahrung teilen – Erfolg sichern“. Dieses Motto haben sich die Mitglieder des in Schönaich (Kreis Böblingen) ansässigen Vereins „Senioren der Wirtschaft“ auf die Fahnen geschrieben. Es sind Menschen, die nach dem Ende ihres Berufslebens nicht Däumchen drehen, sondern sich noch einmal beweisen wollen.

## Senioren bringen jahrzehntelange Erfahrung aus der Praxis mit

So wie das Vorstandsmitglied Dieter Zimmermann. Er war nahezu 40 Jahre in leitender Position bei der Firma IBM tätig. Seine Mitstreiter bringen ebenso wie er jahrzehntelange Erfahrung aus der Praxis mit; und dies aus den Bereichen wie Marketing, Vertrieb, Entwicklung, Fertigung, Logistik und Personalwesen. Der Verein ist – das ist für Zimmermann besonders wichtig – gut vernetzt mit der Wirtschaftsförderung, mit Industrie- und Handelskammern, mit Handwerksorganisationen, mit der Agentur für Arbeit sowie mit Banken.

Zimmermann nennt ein typisches Beispiel aus dem Elektromittelfeld. Ein junger Mann mit großem



Berater Peter Kindermann (links) im Gespräch mit einem Gründer. FOTO: SENIOREN DER WIRTSCHAFT E.V.

Elan hat ein Problem: Das Produkt verkauft sich zwar, aber mit Verlust. Er merkt, dass er bald pleite sein wird und wendet sich an die Senioren der Wirtschaft. „Ein paar Angaben müssen dann gemacht werden, damit wir wissen, um welche Probleme es überhaupt geht“, erläutert Zimmermann.

Dann wird eine erste Beratung vereinbart – das kostet für ein bis zwei Stunden 100 Euro. Um in eine längerfristige Beratung einzusteigen, wird eine Partnerschaft zum Stundensatz von 30 Euro geschlos-

sen. „Wir verlangen kein Honorar, sondern lediglich eine Aufwandsentschädigung“, betont Zimmermann, denn immerhin entstünden Unkosten, und auch die Geschäftsstelle müsse finanziert werden.

Weil die Senioren völlig unabhängig sind und, wie Zimmermann sagt, durch Beratung kein Geld verdienen müssen, erlauben sie sich bei Bedarf auch deutliche Worte. „Wenn wir von einem Konzept nicht überzeugt sind, sagen wir auch mal nein.“ Das Augenmerk der ehemaligen Manager liegt vor

## Beratung seit 1987

Der gemeinnützige Verein „Senioren der Wirtschaft“ berät seit 1987 kleinere und mittelständische Unternehmer. Ziel der Beratung ist es, „gesunde und erfolgreich agierende Unternehmen dauerhaft zu etablieren“.

[www.senioren-der-wirtschaft.de](http://www.senioren-der-wirtschaft.de)

allein auf den Bereichen Gründung, Unternehmensentwicklung und Sicherung sowie immer häufiger auf der Übergabe und Übernahme von Firmen und Betrieben. Es geht dabei um eine Größenordnung von 20 bis 25 Mitarbeitern und einen Umsatz zwischen zehn und 15 Millionen Euro.

## Schwerpunkte in der Südpfalz und im nördlichen Baden-Württemberg

In den 28 Jahren seines Bestehens hat der Verein rund 8500 Beratungen geleistet. Die Schwerpunkte seiner Tätigkeit liegen im nördlichen Baden-Württemberg und in der Südpfalz. Oberschwaben sei dagegen noch ein weißer Fleck, bedauert Dieter Zimmermann. (rs)

## Förderprogramme für Mittelständler sind kombinierbar

STUTTGART. Zwei miteinander kombinierbare neue Förderprogramme sollen Mittelständlern in Zukunft die Finanzierung von Innovationen erleichtern. Die Programme werden von der L-Bank und Bürgschaftsbank Baden-Württemberg gestellt. Das teilte jetzt das Finanz- und Wirtschaftsministerium in Stuttgart mit.

Es handelt sich um zinsverbilligte Kredite der „Innovationsfinanzierung“ der L-Bank und Bürgschaften über „InnovFin“. Die „Innovationsfinanzierung“ wird in Kooperation mit der KfW angeboten und in Baden-Württemberg zusätzlich im Zins verbilligt.

Das Bürgschaftsprodukt „InnovFin 70“, das L-Bank und Bürgschaftsbank Mittelständlern anbieten, wird durch den European Investment Fund (EIF) rückverbürgt. Damit können Hausbanken mit einer Bürgschaft in Höhe von 70 Prozent des zugrundeliegenden Förder- oder Hausbankkredits entlastet werden. (sta)

## Kurz notiert

### Chinesen steigen bei Strickmaschinenhersteller ein

REUTLINGEN. Die chinesische Shang Gong Gruppe (SGG) steigt beim Reutlinger Traditionsunternehmer Stoll ein. Die Familie Stoll behalte aber die Mehrheit am Hersteller von Flachstrickmaschinen, teilte das Unternehmen am Wochenende mit. Die H. Stoll AG und Co. KG mit rund 850 Mitarbeitern weltweit verspreche sich von der Kooperation mehr Know-how sowie eine breitere Präsenz in Asien. Die SGG mit Sitz in Shanghai konzentriere sich auf die Technologien Nähen und Schweißen von textilen Materialien. (lsw)

### Handwerk startet mit Plus ins neue Ausbildungsjahr

STUTTGART. Zum 1. September verzeichnen die acht Handwerkskammern im Land 16578 neue Auszubildende – 1,3 Prozent oder 207 mehr als im Vorjahr. „Damit haben wir im zweiten Jahr in Folge ein Plus in der Ausbildungsstatistik“, so Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold. Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) rechnet zum Jahresende mit mehr als 19000 neuen Auszubildenden. Etwa 8000 Lehrstellen blieben aber unbesetzt – ein Vorbote des Fachkräftemangels im Land. (sta)

### LBBW eröffnet Büro für Firmenkunden in Hamburg

STUTTGART/HAMBURG. Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) berät in Zukunft auch Firmenkunden in Hamburg. „Da wir in den vergangenen Jahren immer mehr Kunden in Norddeutschland gewinnen konnten, starten wir nun auch mit einem Büro für Unternehmenskunden in Hamburg“, sagte LBBW-Vorstandschef Hans-Jörg Vetter bei der Eröffnungsfeier. Die Bank betreibt bereits ein Büro in der Hansestadt, in dem unter anderem gewerbliche Immobilien angeboten werden. (sta)

### Crash in China belebt Handel an der Börse Stuttgart

STUTTGART. Im August sind an der Börse Stuttgart die Umsätze im Vergleich zum Vorjahresmonat um rund ein Viertel auf 7,9 Milliarden Euro gestiegen, im Vergleich zum Juli um mehr als drei Prozent. Besonders stark war der Zuwachs bei Hebelprodukten mit einem Plus von acht Prozent. „Die im Zuge der Börsenturbulenzen in China stark erhöhte Volatilität hat im August den Handel mit Hebelprodukten weiter belebt“, so Handelsleiter Holger Schleicher. (sta)